

Inhalt der Sitzung vom 18.12.2006

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.11.2006 gefassten Beschlüsse

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 20.11.2006 dem Stundungsantrag eines Gewerbetreibenden für eine Steuernachforderung stattgegeben hat

TOP Ö 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ – frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Gemeinderat hat am 10.04.2006 den Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes und örtlicher Bauvorschriften für das Gebiet „Bruchhäuser Weg“ gefasst. In gleicher Sitzung wurde die BauLand!Entwicklung GmbH aus Schwetzingen mit der Erarbeitung entsprechender Entwürfe beauftragt. Diese Entwürfe wurden dem Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten detailliert vorgestellt und nach eingehender Diskussion die Vorstellung der Planungen im Gemeinderat befürwortet.

Bürgermeister Huckele begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Butsch und Frau Uhlig von der Bauland!Entwicklung GmbH. Frau Butsch stellte die detaillierte Planung für den Bebauungsplan „Bruchhäuser Weg“ vor, der ein neues Wohngebiet mit hoher Wohnqualität unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Aspekte vorsieht. Die bestehende Bebauung an der Eppelheimer Straße, der Leonhardstraße sowie an der Eisenbahnstraße soll dabei in ihrem Bestand gesichert werden. Im Neubaugebiet sollen ca. 219 neue Bauplätze gebildet werden, davon 42 mit Reihenhausbebauung, 118 Doppelhaushälften und 63 Einzelhäuser. Dies bedeuten ungefähr 320 neue Wohneinheiten mit ca. 740 Bewohnern. Das Neubaugebiet soll im nördlichen und südlichen Teilbereich jeweils mit einer Ringstraße als Haupteerschließung erschlossen werden. Dabei ist eine Anbindung an die Bahnstraße nicht vorgesehen. Frau Butsch ging eingehend auf die planungsrechtlichen Festsetzungen, auf die öffentlichen Grün- und Ausgleichsflächen, den Umweltbericht sowie den Grünordnungsplan ein. Ein Lärmschutzgutachten ist in Bearbeitung.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) dankte dem Ingenieurbüro für die gute Ausarbeitung und Darlegung. Er hinterfragte die Größe des Spielplatzes im nördlichen Bereich, der mit 3800 m² sehr groß dimensioniert sei. Frau Uhlig erläuterte dazu, dass alle Ausgleichsflächen im Grünordnungsplan festgestellt werden und sich die Planungen eher an der unteren Grenze der notwendigen Flächen orientieren würden.

Weiter hinterfragte Gemeinderat Berger, ob es nicht sinnvoll sei im Neubaugebiet kleine Läden (z.B. eine Bäckerei) zuzulassen. Frau Butsch ergänzte dazu, dass im allgemeinen Wohngebiet durchaus Läden zur Deckung des täglichen Bedarfs angesiedelt werden dürfen.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) betonte das öffentliche Interesse dieses Tagesordnungspunktes, welches die Zuschauerzahl dokumentiere. Er regte an, im nördlichen Bereich des Neubaugebietes (an der Eppelheimer Straße) eine Bushaltestelle vorzusehen.

Frau Butsch will die Anregung frühzeitig abklären.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) betonte, dass sich die heutigen Planungen für Baugebiete von früheren Planungen deutlich unterscheiden. Man habe erkannt, dass man der Ökologie mehr Rechnung tragen

muss und mit den Ressourcen sparsam umzugehen ist. Er lobte die gute Mischung von Einzel-, Doppel- und Reihenhausbebauung. Außerdem gewährleiste der Grünzug zwischen der neuen und alten Bebauung den Luftaustausch.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hob hervor, dass das neue Baugebiet seine Entstehung der Ostumgehung verdanke. Er war der Auffassung, dass sich vor allem im Sommer der Luftaustausch im Ort verschlechtern werde. Er regte an, den Schutz der vorhandenen Obstbäume im Grünordnungsplan aufzunehmen.

Hinsichtlich des Verwaltungsvorschlags zur Benennung der Straßen in diesem Gebiet regte er an, Alternativvorschläge zuzulassen und darüber zu diskutieren.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass der Verwaltungsvorschlag auf Wunsch des UTB-Ausschusses gemacht wurde. Weitere Vorschläge, über die zu gegebener Zeit zu entscheiden ist, seien selbstverständlich möglich.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) gab zu bedenken, die öffentlichen Grün- bzw. Ausgleichsflächen eng am Bedarf auszuweisen, da neue Grünflächen zwangsläufig Folgekosten für den Verwaltungshaushalt mit sich bringen.

Frau Butsch und Frau Uhlig erläuterten dazu, dass nur notwendige öffentliche Grünflächen geplant werden und teilweise als Ersatz für andere Flächen im Gemeindegebiet (z.B. Spielplatz an der Paul-Böninger-Straße) dienen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung billigte das Ratsgremium die vor-gelegten Entwürfe des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ und befürwortete die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 3 Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 GemO

Die Gemeinde Plankstadt erhielt in 2006 einige Kleinspenden bis einschl. 100,00 Euro, eine Spende von der Volksbank - Bezirk Schwetzingen - in Höhe von 250,00 Euro für den Adventskalender am Rathaus sowie von der Fa. Welde-Bräu 2.500,00 Euro für die Notgemeinschaft. Hierzu ist nach § 78 Abs. 4 GemO die Genehmigung des Gemeinderats für die Annahme erforderlich.

Das Ratsgremium stimmte der Annahme der Spenden einstimmig zu.

TOP Ö 4 Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2007 wurde in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 330 v.H. zum 01.01.2007 erörtert. Von den kreisangehörigen Gemeinden hat die Gemeinde Plankstadt derzeit mit zwei weiteren Gemeinden den höchsten Hebesatz. Im Jahr 2006 kann die Gemeinde deutliche Gewerbesteuermehreinnahmen, die eine Hebesatzsenkung ermöglichen, verzeichnen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stellte für ihre Fraktion den weitergehenden Antrag, auch den Hebesatz der Grundsteuer A und B um 10 Prozentpunkte (von 300 auf 290 v.H.) zu senken.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies darauf, dass beispielsweise die Stadt Heidelberg einen Grundsteuerhebesatz von 410 v.H. habe und auch andere Gemeinden einen sehr viel höheren Hebesatz hätten,

so dass eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes nicht zwingend sei.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) erklärte, dass die Stellungnahme seiner Fraktionskollegin nicht die einheitliche Meinung der Fraktion sei. Er könne sich durchaus dem Vorschlag der CDU-Fraktion anschließen. Bürgermeister Huckele erläuterte, dass die Verwaltung die Senkung des Grundsteuerhebesatzes nicht vorgeschlagen habe, weil im Verwaltungshaushalt 2007 größere Unterhaltungsaufwendungen veranschlagt werden müssen. Außerdem liege der durchschnittliche Grundsteuerhebesatz der kreisangehörigen Gemeinden (ohne den Stadt-kreis Heidelberg) mit 315 v.H. über dem derzeitigen Hebesatz von Plankstadt.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) plädierte dafür, im Rahmen einer Familienpolitik Akzente zu setzen und nur die Grundsteuer B zu senken. Hinsichtlich der Gewerbesteuer werde ihre Fraktion einer Senkung nicht zustimmen, da dies einer Umverteilung von unten nach oben gleichkomme.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bekräftigte, dass sich eine Reduzierung des Gewerbesteuerhebesatzes um 30 Punkte nur schwer vermitteln lasse. Den Vorschlag der CDU-Fraktion konnte er jedoch befürworten.

Im Rahmen der Beschlussfassung wurde die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer A und B von 300 v.H. auf 290 v.H. einstimmig beschlossen.

Der Vorschlag von Gemeinderat Winfried Wolf (GLP), die Reduzierung des Gewerbesteuerhebesatzes auf einen Zeitraum von 3 Jahren zu verteilen, fand keine allgemeine Zustimmung.

Zum Vorschlag der Gewerbesteuerensenkung signalisierte Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL), die Zustimmung ihrer Fraktion, insbesondere auch im Hinblick auf die Attraktivität des Standortes Plankstadt für den größten Gewerbesteuerzahler, die Firma Astra Zeneca.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) ging auf die allgemeine Finanzsituation ein. Der Hebesatz sei mit mehrheitlichem Beschluss des Gemeinderats erhöht worden, da die finanzielle Situation dies erforderlich gemacht habe. Auch die SPD-Fraktion habe diese Entscheidung nur mehrheitlich und schweren Herzens mitgetragen. Weiter sei massiv gespart worden, so dass zum Teil notwendige Unterhaltungsmaßnahmen, auch bei den Schulen, verschoben werden mussten. Nach ihrer Auffassung sei die Gemeinde weit von einer Konsolidierung des Haushalts entfernt, so dass alle – auch die Gewerbetreibenden – angemessen an den erforderlichen Investitionen beteiligt werden sollten. Ihre Fraktion plädiere dafür, den Haushalt zu konsolidieren und dabei den Hebesatz bei der Gewerbesteuer so zu belassen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkannte keine akute Notwendigkeit, die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zurückzunehmen und sah auch keine Konkurrenzsituation zum Standort Wedel. Er betonte, dass er nur einer Senkung der Gewerbesteuer in kleineren Schritten über mehrere Jahre hinweg zustimmen könne. Es gehe hier nicht um Notwendigkeiten sondern um eine politische Entscheidung.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass dies eine politische Entscheidung sei. Zum 01.01.2006 sei der Hebesatz bei der Gewerbesteuer um 30 Prozentpunkte wegen der damaligen finanziellen Situation erhöht worden. Bereits damals wurde erwogen, bei einer Besserung der finanziellen Lage die Erhöhung zurückzunehmen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung erfolgte die Reduzierung des Gewerbesteuerhebesatzes (von

360 v.H. auf 330 v.H) mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen der SPD-Fraktion (4) sowie von Gemeinderat Winfried Wolf (GLP).

TOP Ö 5 Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2007

Die Haushaltsanträge der Fraktionen wurden in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 04.12.2006 erörtert.

Nachfolgend die jeweiligen Haushaltsanträge der Fraktionen im Wortlaut, die hierzu vorab ergangene Stellungnahme der Verwaltung sowie die diesbezügliche Beratung und Beschlussfassung im Gremium:

Haushaltsanträge der CDU-Fraktion

Antrag 1 und 2:

1. Plankstadt soll aufblühen – die CDU Fraktion beantragt, dass im Ortsmittelpunkt sowie an den Ortseingängen die Bepflanzung mit blühenden Pflanzen erweitert wird.
 2. Daneben sollten generell die Ortseingänge optisch und repräsentativ verschönert werden.
- In anderen Gemeinden, z. B. in der Stadt Schwetzingen, wechselt die blühende Bepflanzung zwei- bis dreimal pro Jahr. Die Ortseingänge, z. B. beim Netto-Markt, sind ebenfalls zu verschönern.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Gärtnerarbeiter muss mit seinem Gärtnertrupp immer mehr Anlagen mit dem gleichen Personalbestand pflegen. Um die Haushaltsanträge umsetzen zu können, muss durch die Arbeitsvergabe an Dritte entsprechender Spielraum geschaffen werden. Dafür sind im Haushaltsplan folgende Mittel einzustellen:

- Castelnau-le-Lez-Anlage 2.500 €, Mehrzweckhalle 4.500 €, Humboldtschule 6.000 €.

Gang der Aussprache:

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) betonte, dass in der Ausschusssitzung lediglich besprochen worden war, dass verschiedene Arbeiten extern vergeben werden können. Ihre Fraktion möchte mit dem Beschluss noch nicht die Zustimmung zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen externen Vergaben geben. Sie regte an, dass zu dieser Entscheidung eine Aufstellung vorgelegt werde mit allen Aufgaben, die der Gärtnertrupp zu leisten habe. Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) erkundigte sich, ob es auch denkbar wäre, weitere Gärtner einzustellen. Bürgermeister Huckele lehnte eine Personaleinstellung ab. Zum einen sei es sehr schwierig, qualifiziertes Personal zu bekommen, zum anderen habe das Ratsgremium eine Personalkostenerhöhung bereits beim letzten Haushaltsplan abgelehnt. Die oben angegebenen Vergaben wurden mit dem Vorarbeiter der Gärtner besprochen und entsprechende Angebote eingeholt, um die in den Anträgen enthaltenen zusätzlichen Arbeiten erfüllen zu können.

Beschlussfassung:

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung entsprach das Ratsgremium dem Antrag der CDU-Fraktion mit einstimmigem Votum. Es werden zur Umsetzung des Haushaltsantrags zusätzlich 13.000 € für die Vergabe von gärtnerischen Arbeiten an Dritte bereitgestellt.

Antrag 3:

Das Areal um die Grillhütte soll um einen überdachten Bereich erweitert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Ortsbauamt arbeitet derzeit an einem Überdachungskonzept und ermittelt die dafür notwendigen Kosten. Sobald die Kosten vorliegen, werden entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt.

Bürgermeister Huckele bezifferte die voraussichtlichen Ausgaben auf ca 13.000 €, da die Überdachung ausfahrbar aber trotzdem windbeständig sein soll.

Beschlussfassung:

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung stimmte der Gemeinderat mit einstimmigem Votum der Mittelbereitstellung zu.

Antrag 4:

Die Toilettenanlage auf dem Messplatz bedarf dringend einer Sanierung. Dabei sollen die Sanitäranlagen -innen- ersetzt und die Graffiti-Schmierereien -außen- entfernt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die hierfür notwendigen Ausgaben werden aus dem laufenden Unterhaltungsetat getragen.

Beschlussfassung:

Auch hier stimmte das Ratsgremium dem Haushaltsantrag der CDU-Fraktion mit einstimmigem Votum zu.

Antrag 5:

Nach gut 30 Jahren soll der Eingangsbereich/Foyer der Mehrzweckhalle renoviert und verschönert werden.

Anmerkungen zum Haushaltsantrag:

Im Eingangsbereich soll der künstlerisch gestaltete Bereich nicht verändert werden. Der Windfang soll mit heller Farbe gestrichen werden. Der in der Mitte stehende Glas-Schau-Kasten soll entfernt werden. Die Sitzgelegenheiten im Vorraum sollen erneuert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Vermögenshaushalt werden zusätzlich 10.000 € eingestellt.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stimmte der zusätzlichen Mittelbereitstellung einstimmig zu.

Antrag 6:

Im Rahmen des 25-jährigen Partnerschaftsjubiläums mit Castelnau-le-Lez wird die künstlerische Umgestaltung des Kreisels an der K 4147/L 543 beantragt. Entsprechende Entwürfe sollen bei 3-4 Künstlern eingeholt werden (25.000 €).

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Vergangenheit wurde dieses Thema kontrovers diskutiert bzw. fand keine mehrheitliche Zustimmung im Gremium.

Gang der Aussprache:

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) erklärte, dass sie bereits in einer früheren Sitzung die künstlerische Gestaltung des Kreisels angesprochen habe. Sie ergänzte, dass sich ihre Fraktion auch eine mediterrane Bepflanzung, die einen geringeren Aufwand verursachen würde, vorstellen könne.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) unterstützte den Antrag, da auch er der Auffassung war, dass am Kiesel eine Umgestaltung dringend erforderlich sei. Ggf. sei zu prüfen, ob eine Umgestaltung nicht mit weniger Mitteln umgesetzt werden könne.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) war ebenso für eine Umgestaltung des Kreisels, allerdings sah er die Ideenfindung noch nicht so weit gediehen, um einen bestimmten Vorschlag zustimmen zu können. Dazu sollte ein Gremium, sei es der Gemeinderat, ein Ausschuss oder der Partnerschaftsausschuss, Ideen sammeln und entscheidungsreif vorbereiten.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) sah ebenfalls einen Bedarf für die Umgestaltung. Für ihn wäre auch eine gartenkünstlerische Gestaltung denkbar und unterstützte den Vorschlag seines Vorredners.

Bürgermeister Huckele gab zu Bedenken, dass die Zeit zur Behandlung für eine künstlerische Gestaltung zum Thema Partnerschaft in Anbetracht der bevorstehenden Feierlichkeiten zu knapp bemessen sei. Er regte an, dass im Haushalt 2007 Mittel für Planungen bzw. einen Wettbewerb eingestellt werden.

Gemeinderätin Schuster schlug vor, für die Umgestaltung des Kreisels Sponsoren zu gewinnen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stimmte der Bereitstellung von 10.000 Euro für die künstlerische Gestaltung des Kreisels einstimmig zu.

Antrag 7:

Das Plankstadter Straßenfest findet 2007 zum 25. Mal statt. Auffallend war in diesem Jahr, dass es zwischen den einzelnen Ständen beträchtliche Lücken gegeben hat, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass es für die Vereine keine Anreize gibt, beim Straßenfest mitzumachen. Man sollte zusammen mit den Vereinen überlegen, wie man

dieses beliebte Fest wieder zu einem Publikumsmagnet machen kann.

Es sollen Attraktionen vorgesehen werden, die natürlich Geld kosten, aber sich letztlich doch rechnen. Den Besuchern kommt es nicht auf kulinarische Genüsse an, sondern sie wollen auch unterhalten werden. Damit es weiterhin ein Fest bleibt, das in der Region beliebt und bekannt ist, sollte die Gemeinde einen ansprechenden Beitrag zum musikalischen und kulturellen Programm des Straßenfestes leisten. Die CDU-Fraktion beantragt also in den Haushalt eine Summe von 5.000 € einzustellen und rechtzeitig zu überlegen, wie man das Plankstadter Straßenfest wieder zu einem der beliebtesten Anziehungspunkte der Region machen kann.

Stellungnahme der Verwaltung:

In den Entwurf wurden bereits 10.000 € zusätzlich eingestellt (5.000 € Kostenbeteiligung der Gemeinde an den Straßenfestkosten und 5.000 € für die Programmgestaltung zum 25-jährigen Jubiläum.

Gang der Aussprache:

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) ergänzte den Antrag ihrer Fraktion, es sollten zusätzliche Mittel für ein musikalisches und kulturelles Programm für alle Generationen eingestellt werden. Als Beispiele nannte sie einen Clown und eine Jazz-Gruppe, die auf der gesamten Meile mit kurzen Vorführungen für Unterhaltung sorgen könnten.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) betrachtete die diesjährige Abrechnung mit den Vereinen als ein deutliches Signal, sich wieder stärker am Straßenfest zu beteiligen.

Auch Gemeinderat Werner Engelhardt (SPD) unterstützte den Antrag und berichtete von der positiven Resonanz der Vereine bei der Kostenabrechnung.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) plädierte dafür, dass Vereine, die sich am Programm aktiv beteiligen wollen, besonders berücksichtigt werden.

Beschlussfassung:

Das Ratsgremium stimmte der Bereitstellung von zusätzlich 10.000 € einstimmig zu.

Haushaltsanträge der Fraktion der Plankstadter Liste:

Antrag 1:

Bereitstellung von Mitteln für die Anlage eines Spielplatzes im Bereich Bahnstraße.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Anlegung eines Spielplatzes im Bereich Bahnstraße wurden Mittel in Höhe von 125.000 € eingestellt.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) betonte, dass dieser Antrag bereits vor Jahren von der Grünen Liste gestellt worden sei.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass nunmehr der Spielplatz angelegt werde.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bekräftigte, dass dieses Thema durch den Wegfall des Spielplatzes „Zeitloch“ an Dynamik gewonnen habe.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stimmte der Mittelbereitstellung einstimmig zu.

Antrag 2:

Bereitstellung von Mitteln für eine deutliche Verbesserung und Vermehrung des Blumenschmucks innerhalb der Gemeinde sowie bei den Ortseingangsbereichen.

Aus Anlass des 25-jährigen Partnerschaftsjubiläums und des damit verbundenen Besuchs der französischen Delegation wäre eine Gestaltung des Blumenschmucks in den französischen (und deutschen) Nationalfarben denkbar. Ebenso ist an eine ausreichende und farbenfrohe Beflaggung zu denken, die damit einhergehen könnte. Wir erwarten die Erstellung einer landschaftsgärtnerischen Konzeption für die Gestaltung der gemeindeeigenen Grünanlagen über das Jahr hinweg.

Stellungnahme der Verwaltung und Beschlussfassung:

Siehe Haushaltsantrag 1 und 2 der CDU-Fraktion.

Antrag 3:

Bereitstellung von Mitteln für die Erneuerung der Eingangstür des Rathauses. Der Eingangsbereich des Rathauses ist auch eine Visitenkarte für die Gemeinde. Der Zustand der Rathausstür erfordert eine vollständige Erneuerung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der Beratungen im Ausschuss werden die bereitgestellten Mittel von 10.000 € auf 20.000 € verdoppelt. Bürgermeister Huckele erläuterte, dass bei der Renovierung und Umbau des Rathauses im Jahr 1994 darauf verzichtet wurde, die Eingangstüren zu ersetzen. Er begrüßte deshalb diesen Vorschlag.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) bekräftigte, dass das Rathaus zwar ein altes Gebäude sei, aber hervorragend dastehe. Die alten Türen würden dabei das Bild des Rathauses stark beeinträchtigen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stimmte der Bereitstellung von 20.000 € für die Erneuerung der Eingangstür des Rathauses zu.

Antrag 4:

Bereitstellung von Mitteln zur zeitgerechten Um- und Neugestaltung des Foyers der Mehrzweckhalle. Das Foyer ist nach wie vor im Stil der siebziger Jahre gestaltet und wirkt in seiner dunklen Farbgestaltung wenig einladend. Heutzutage verarbeitet man helle, freundliche Farben.

Stellungnahme der Verwaltung und Beschlussfassung:

Vgl. Antrag 5 der CDU-Fraktion.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) regte an, das Dach der Mehrzweckhalle mit einer Photovoltaik-Anlage aufzurüsten.

Bürgermeister Huckele befürchtete, dass die teure Edelstahlbedachung beim Anbringen einer solchen Anlage Schaden nehmen könnte und verwies auf andere gemeindliche Gebäude, bei denen eine Photovoltaik-Anlage angebracht werden könne. Im Übrigen sei eine solche Anlage bereits auf dem Dach des Wohnblocks Am Ungersgarten 100/102 realisiert.

Haushaltsanträge der SPD-Fraktion:

Antrag 1:

Der Gemeinderat möge beschließen, den derzeitigen Mietpreis für die Benutzung der Grillhütte/Gänsweid für Vereine um 50% zu reduzieren.

Begründung:

Die Freizeitanlage Grillhütte/Gänsweid wird seit der Erhöhung des Benutzungsentgelts im Jahr 2004 zunehmend weniger genutzt. Eine Aufstellung der Vermietungen zwischen 1997 und 2006 verdeutlicht dies. Die Vereine haben ihre Feste - auch bedingt durch die Sperrung der Gänsweid 2001 und 2002 - inzwischen auf kostenlose andere Plätze verlagert. Ihnen soll es durch die Reduzierung des Benutzungsentgelts wieder ermöglicht werden, die Freizeitanlage zu für sie wirtschaftlichen Bedingungen zu nutzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bereits in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung im November wurde der von der Verwaltung gemachte Vorschlag, die Miete für die Grillhütte bei Vereinen um 50% zu ermäßigen, beraten und befürwortet.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) erläuterte, dass durch eine geringe Miete eine vermehrte Nutzung erreicht und die Ortsgemeinschaft gefördert werde.

Bürgermeister Huckele betonte, dass die Vergünstigung auch Gruppierungen, die nicht im Vereinsregister eingetragen sind, zugute kommen sollte. Voraussetzung sei jedoch eine öffentliche Veranstaltung, die jedermann zugänglich ist.

Beschlussfassung:

Das Ratsgremium stimmte mit einstimmigem Votum der Reduzierung des Mietpreises um 50 % für die Benutzung der Grillhütte/Gänsweid für Vereinsfeste sowie von Festen von Gruppierungen, die allgemein zugänglich sind, zu.

Antrag 2:

Der Gemeinderat möge beschließen, künftig für Kinder unter 3 Jahren eine Betreuungsmöglichkeit in der Gemeinde einzurichten.

Begründung:

Das Tagesbetreuungsbaugesetz gibt vor, dass bis 2010 für mindestens 20% der Kinder dieses Altersbereichs eine Betreuungsmöglichkeit gegeben sein muss. Die Vorlage „Kinderbetreuung in der Gemeinde Plankstadt“ (Stand 1/05) stellt bereits fest, dass eine „vermehrte Nachfrage“ in diesem Bereich besteht.

Wenn die Gemeinde in den neuen Baugebieten „Keesgrieb“, „Siedlung“ und „Gässeläcker“ sowie in Bälde im „Bruchhäuser Weg“ Familien mit Kindern ansiedeln will, ist ein adäquates Betreuungsangebot für unter Dreijährige ein Muss und gleichzeitig ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil.

Die in der Gemeinde bereits bestehenden Krabbelgruppen sind keine geeignete Betreuungsform, die den Müttern eine Berufstätigkeit erlaubt; (§ 24 Abs. 3 Tagesbetreuungsbaugesetz) sie dienen in erster Linie dem Austausch unter den Müttern und dem Kontakt der Kinder untereinander.

Da der Bedarf an regulären Kindergartenplätzen tendenziell rückläufig ist, ist es räumlich und organisatorisch unproblematisch, freiwerdende Kapazitäten entsprechend umzuwidmen. Auf diese Weise kann die Schließung von Gruppen und die Entlassung von Personal verhindert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aktuell gibt es im Evangelischen Kindergarten eine Ganztagesgruppe für Kinder unter 3 Jahren. Aufgenommen werden Kinder ab 2,5 Jahren. Zurzeit besuchen 2 Kinder die Ganztagesgruppe.

Zudem bestehen in der Gemeinde nach Auskunft des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis/ Jugendamt aktuell 4 Tagespflegestellen, deren Pflegeerlaubnisse die Betreuung von 8 Kindern unter 3 Jahren ermöglichen. Da derzeit hiervon lediglich 2 Plätze belegt sind, besteht in diesem Bereich sogar ein Überangebot.

In einem Gespräch am 26.09.2006 wurde von der Verwaltung gemeinsam mit den beiden örtlichen Kirchengemeinden, den Kindergartenleiterinnen und den Vertretern der kirchlichen Verrechnungsstellen die örtliche Situation der Kindertagesbetreuung erörtert. Grundlage war eine Fortschreibung der örtlichen Bedarfsplanung aus dem Jahr 2005 (Diese wird nach Abstimmung der ausstehenden Detailfragen -voraussichtlich im Januar 2007- wiederum dem Ratsgremium zur Beschlussfassung vorgelegt.). Aufgrund der sich rückläufig entwickelnden Kinderzahlen stellten die Gesprächsteilnehmer in Überlegung, ab dem Kindergartenjahr 2007/08 im Kath. Kindergarten St. Nikolaus eine bestehende Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten in eine Krippengruppe für unter dreijährige umzuwandeln. Die Einrichtung einer solchen Kleinkindgruppe mit zentraler Belegung entspricht auch dem zurückliegend in der Bedarfsplanung formulierten Wunsch zum Ausbau der Kleinkindbetreuung, da hier gezielter auf die Belange der jüngeren Kinder eingegangen werden kann. Die weitergehenden Modalitäten der vorgesehenen Krippengruppe (Aufnahmealter; Betreuungszeiten, Kostenstruktur, etc.) wurden in einem nochmaligen Abstimmungsgespräch mit der Kath. Kirchengemeinde, der Kindergartenleitung und dem Vertreter der Kath. Verrechnungsstelle am 05.12.2006 erörtert. Das Ergebnis dieses Gesprächs fließt in die überarbeitete Bedarfsplanung ein, die (wie o. a.) noch vom Ratsgremium zu verabschieden ist.

Nach dem aktuellen Stand der Planung ist unter Würdigung aller praktischen, pädagogischen, wie insbesondere auch finanziellen Aspekte, die Einrichtung einer Krippengruppe für Kinder im Alter ab zwei Jahren mit einer wöchentlichen Öffnungszeit von 30 Stunden ab dem Kindergartenjahr 2007/08 vorgesehen.

Gang der Aussprache:

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) begründete den Antrag ihrer Fraktion, dass durch die Neuregelung beim Elterngeld die Frauen ab 01.01.2007 voraussichtlich früher in den Beruf zurückkehren würden. Die Kinderbetreuung sei für junge Familien ein Aspekt, sich in der Gemeinde ein Grundstück bzw. Haus zu kaufen und sei dadurch im Hinblick auf das geplante Neubaugebiet Bruchhäuserweg nicht unerheblich. Ihre Fraktion habe den Antrag auch gestellt, um unabhängig von der Fortschreibung der Bedarfsplanung über die Kinderbetreuung eine Entscheidung herbeizuführen.

Hauptamtsleiter Knörzer erläuterte, dass geplant sei, 10 Plätze für Kinder zwischen 2 und 3 Jahren in einer neuen Kindergruppe bereitzustellen. Wenn auch eine Kinderbetreuung unter 2 Jahren vorgesehen werden sollte, dann wäre ein anderer Fachkraftschlüssel maßgebend und der Elternbeitrag würde sich erhöhen. Primär seien daher diese 10 Plätze in der Zielgruppe der 2- bis 3-jährigen vorgesehen, bei erhöhtem Bedarf könne man dann reagieren.

Im Ratsgremium und der Verwaltungsspitze herrschte unterschiedliche Auffassung, ob vor der Beratung und dem Beschluss der Bedarfsplanung eine die Gemeinde bindende Kinderbetreuung beschlossen werden sollte.

Beschlussfassung:

Mehrheitliches Votum erfolgte bei der Beschlussfassung zum Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Betreuungsmöglichkeit für Kinder unter 3 Jahren. (vorbehaltlich des diesbezüglichen Ratsbeschlusses zur Bedarfsplanung). Bürgermeister Huckele hielt eine explizite Beschlussfassung zu diesem Thema im Rahmen der Haushaltsanträge vor dem Hintergrund der bereits weit fortgeschrittenen Planungen zur Einrichtung einer Krippengruppe im Kath. Kindergarten St. Nikolaus für entbehrlich und enthielt sich der Stimme.

Haushaltsanträge der Grüne Liste Plankstadt:

Antrag 1:

Wir beantragen, ein Neubürger Willkommen durchzuführen: Jährlicher Empfang mit Begrüßung ggf. zusammen mit einer Leistungsschau der Vereine; dabei auch Vorstellung gemeindlicher Einrichtungen wie Schulen, Schwimmbad, Bücherei, Kirchengemeinden etc., siehe zahlreiche Beispiele in der Nachbarschaft.

Angebot eines Ortsrundgangs durch Bürgermeister oder andere sachkundige Honoratioren, Altgemeinderäte o. ä., Kosten ca. 300 €.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Jahre 2005 haben sich 829 Einwohner bei der Gemeinde neu angemeldet. Für Neubürger gibt es Informationen auf der Homepage der Gemeinde und in der Infobroschüre, die bei der Anmeldung ausgehändigt wird. Außerdem bietet die IG Vereine am „Tag der Vereine“ den Vereinen Gelegenheit, sich der Bevölkerung vorzustellen.

Aufgrund der Beratungen im Ausschuss schlägt die Verwaltung vor, für Neubürger einen Empfang in der Mehrzweckhalle, evtl. mit einer Power-Point-Präsentation zu organisieren. Dieser sollte mit dem Tag der Vereine gekoppelt werden.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) betonte, dass es bei diesem Antrag um einen Wiederholungsantrag handeln würde und zeigte sich erfreut darüber, dass die Verwaltung dem Antrag positiv gegenüberstehe.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) hielt es für sinnvoll, wenn ein solcher Empfang mit dem Tag der Vereine gekoppelt werde. Die Vereine könnten sich präsentieren und die Neubürger würden so einen Überblick bekommen, was in Plankstadt geboten wird.

Bürgermeister Huckele begrüßte grundsätzlich die Zusammenlegung eines Neubürgerempfangs mit dem Tag der Vereine. In diesem Jahr seien an diesem Tag aber bereits die Jubiläumsfeierlichkeiten der Partnerschaft, so dass es schwierig sei, parallel dazu einen Neubürgerempfang durchzuführen.

Gemeinderätin Schuster konnte dem nicht zustimmen. Wenn die Neubürger am Tag der Vereine eingeladen werden, könne man sehen, wie der Empfang angenommen werde.

Als Kompromiss schlug Bürgermeister Huckele vor, in diesem Jahr für die Neubürger, die sich im ersten Halbjahr angemeldet haben, im Juli einen Empfang vorzusehen. Langfristig könnte ein solcher Empfang am Tag der Vereine geplant werden.

Beschlussfassung:

Das Ratsgremium beschloss mit einstimmigem Votum, dass ein entsprechender Neubürgerempfang von der Verwaltung im Juli organisiert werden soll.

Antrag 2:

Wir beantragen die Rehabilitierung des Wasserwerks der Gemeinde Plankstadt zwecks Eigenförderung Sanierung des Brunnens 2., um anhand eines 3 Monate dauernden Pumpversuchs zu überprüfen, ob eine dauerhafte Grundwasserentnahme möglich ist. Kosten: 140.000 €

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der derzeitigen Prüfung einer Grundwasserentnahme aus dem zweiten Grundwasserleiter sollte die Entscheidung über die Sanierung des Brunnen 2 und den dreimonatigen Pumpversuch zurückgestellt werden.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hielt es für angezeigt, zu diesem Thema einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Bürgermeister Huckele verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und schlug vor, den Antrag der GLP zurückzustellen, bis die Prüfung einer Grundwasserentnahme aus dem zweiten Grundwasserleiter abgeschlossen ist.

Beschlussfassung:

Der Haushaltsantrag wurde einstimmig zurückgestellt.

Antrag 3:

Wir beantragen eine Aktion „Junge Familien“. Förderung durch eine Plänkschter Kinderzulage: 1 Jahr kostenloser Kindergartenbesuch, Busfahrkarte, Bücherei, Schwimmbad. Danach 1 Jahr mit 50% Nachlass.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wenn man von 70 Kindern im ersten Jahr ausgeht und den Elternbeitrag für die verlängerte Öffnungszeit von 90 € für das Erstkind zugrunde legt, würden der Gemeinde allein hierfür Kosten von ca. 70.000 € entstehen. Im Jahre 2005 hat die Gemeinde für die örtlichen Kindergärten unter Berücksichtigung des Landeszuschusses 581.000 € aufgewendet.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) stellte fest, dass für Eltern die Förderung und Familienfreundlichkeit mit entscheidend für einen Zuzug in eine Gemeinde sein kann. Er plädierte dagegen, den Antrag aus rein finanziellen Erwägungen abzulehnen.

Bürgermeister Huckele verwies auf die Leistungen, die die Gemeinde für Kinder und Jugendliche erbringt und nannte dabei beispielhaft die Bücherei, das Jugendzentrum, die Schulsozialarbeit und das Ferienprogramm.

Beschlussfassung:

Der Haushaltsantrag wurde mit einer Enthaltung von Gemeinderat Werner Engelhardt (SPD) und 4 Gegenstimmen der Gemeinderäte Dieter Schneider und Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende, Gemeinderätin Gaby Wacker (alle SPD) und Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 4:

Wir beantragen Kostensparen beim Energieverbrauch. Effizienzanalyse für Gemeinde-bauten und –einrichtungen, Isoliermaßnahmen am Rathaus auf Basis des KliBa-Jahres-berichts, der erheblichen Nachholbedarf ausweist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Diese Problematik wird bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten behandelt.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) ergänzte den Antrag seiner Fraktion, indem natürlich nicht nur ggf. Maßnahmen aufgezeigt, sondern diese, wenn möglich, auch realisiert werden sollten.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende bemerkte dazu, dass zu diesem Thema nicht nur die Einsparungen

betrachtet werden sollten, sondern alle Möglichkeiten von alternativen Energien in die Überlegungen miteinbezogen werden sollten.

Beschlussfassung:

Das Ratsgremium beschloss einstimmig die Behandlung dieser Problematik im Ausschuss für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten.

Antrag 5:

Wir beantragen ein genmaisfreies Plankstadt durch Verbot des Anbaus genmanipulierter Pflanzen auf Gemeindegrundstücken mit Aufnahme eines Passus in den Pachtverträgen der Gemeinde.

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierbei handelt es sich um keinen Haushaltsantrag. Falls die Mehrheit des Gemeinderates diesem Antrag positiv gegenübersteht, kann hierzu in der nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage zur Abstimmung gebracht werden. Erforderlich wäre dann eine Änderung der bestehenden und zukünftigen Pachtverträge, was problemlos sein dürfte, da sich bei der Benutzung von nicht-isogenen, also gentechnisch veränderten Organismen, die Geschäftsgrundlage gravierend ändert.

Bereits jetzt wird in der juristischen Fachliteratur das Haftungsrisiko kontrovers diskutiert. Im § 906 BGB oder § 36 GenTG ist die Haftung nicht auf den „Inhaber der Anlage“ oder auf den „Besitzer“ beschränkt. Daher sollte man vom Grundsatz ausgehen, dass der Eigentümer eines Grundstückes für schädliche Immissionen von seinem Grundstück zumindest dann mithaftet, wenn er vorher die Gelegenheit hatte (z. B. über Pachtverträge), die Benutzungsart mitzubestimmen.

Die Gemeinderäte Oskar Sessler und Hans-Peter Helmling (beide CDU) nahmen wegen Befangenheit im Zuschauerraum Platz.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erläuterte dazu, dass z.B. Imker festgestellt haben, dass Bienen mit gentechnisch verändertem Mais nicht zurechtkommen. Die Relevanz für den Haushalt sah er in der ggf. erforderlichen Abänderung der Pachtverträge und ggf. Änderungen beim Pachtzins.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) und Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) signalisieren seitens ihrer Fraktionen die Zustimmung zu dem Antrag der GLP.

Bürgermeister Huckele verwies nochmals auf die Haftung der Gemeinde auch als Grundstückseigentümerin.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sah dieses Problem als vielschichtig an. Prinzipiell sei dies ein guter Vorschlag, den man unterstützen könne, es gebe aber auch Indikatoren für eine Herstellung von genmanipulierter Pflanzen z.B. für die Herstellung von Insulin. Bevor das Gremium endgültig über diese Sachlage entscheidet, sollte man sich bei kompetenten Experten weiter informieren.

Gemeinderat Schleich unterstützte diesen Vorschlag.

Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, eine entsprechende Vorlage, die ein Verbot des Anbaus genmanipulierter Pflanzen auf Gemeindegrundstücken vorsieht, zu erarbeiten.

Nachdem die befangenen Gemeinderäte wieder im Ratsgremium Platz genommen hatten, erklärte Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU), dass die Landwirte mit einem Verbot des Anbaus von genmanipuliertem Mais keine Probleme haben. Der Bauernverband sei generell gegen einen Anbau von genmanipuliertem Mais.

Antrag 6:

Wir beantragen ein eingeschränktes Halteverbot im Bereich Friedrichstr./Ecke Luisen-straße von Haus Nr. 15 bis Nr. 23, Kosten 600 €.

Stellungnahme der Verwaltung:

Falls die Mehrheit des Gemeinderates diesem Antrag positiv gegenübersteht, wird die Verwaltung dies bei der nächsten Verkehrstagefahrt ansprechen.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) konnte die von der Verwaltung dargelegte Problematik nachvollziehen und signalisierte Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) regte an, dass bei einer Entscheidung über die Einrichtung eines Halteverbots berücksichtigt werden sollte, dass die Schulkinder die Nordseite (d.h. die Straßenseite mit den geraden Hausnummern) vorwiegend als Schulweg nutzen.

Beschlussfassung:

Das Ratsgremium beschloss einstimmig, dass der Antrag auf ein eingeschränktes Halteverbot bei der nächsten Verkehrstagefahrt behandelt werden soll.

Antrag 7:

Wir beantragen eine Aktion Heimatkunde. Sichern von Archivunterlagen der Plankstadter Zeitung, der Schwetzingener Zeitung und des Schwetzingener Tageblatts durch Übernahme der Kopien fürs Gemeindearchiv. Kosten pro Jahr 750 Euro.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Gemeindearchiv sind keine Exemplare der Plankstädter Zeitung aus den 30-igern Jahren vorhanden. Die Schwetzingener Zeitung wird 2 Jahre komplett aufbewahrt, danach wird die Plankstädter Seite gebunden und im Archiv aufbewahrt. Eine Archivierung des Schwetzingener Tageblatts hält die Verwaltung für nicht notwendig.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erläuterte, dass man im Zusammenhang mit dem Jubiläum der Friedrichschule und dem Wasserturmjubiläum nach Archivberichten gesucht habe. Er regte an, Exemplare des Schwetzingener Tageblatts, sofern vorhanden, von Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 30-iger Jahre des 20. Jahrhunderts auf Datenträgern zu archivieren.

Auf den Einwand von Bürgermeister Huckele, dass man jederzeit auf die Berichte in Schwetzingen zurückgreifen könne, entgegnete Gemeinderat Wolf, dass diese Zeitungen sich nicht im Archiv der Stadt Schwetzingen befinden, sondern bei einem Privatmann.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) regte an, dass die Gemeindeverwaltung alte Fotos sammeln sollte, um ein Stück Ortsgeschichte festzuhalten.

Bürgermeister Huckele gab zu Bedenken, dass durch die hauptberufliche Tätigkeit die Zeit von Herrn Kobelke für Archivarbeiten begrenzt ist. Beispielsweise sei ihm eine Fortschreibung des Heimatbuches von 1971 derzeit nicht möglich. Er schlug vor, dieses Thema im Ausschuss Soziales, Sport, Kultur und Jugend zu behandeln.

Beschlussfassung:

Das Ratsgremium beschloss einstimmig die Behandlung dieses Themas im Ausschuss Soziales, Sport, Kultur und Jugend.

TOP Ö 6 Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung

Die Verwaltungsgebührensatzung wurde zum 01.01.2002 aufgrund der Euroeinführung neu gefasst. Das Landesgebührengesetz wurde für staatliche Aufgaben vollständig neu geregelt. Bei der neuen Verwaltungsgebührensatzung und dem dazugehörenden Gebührenverzeichnis hat man sich an dem Satzungsmuster des Gemeindetags Baden-Württemberg orientiert und dieses auf die örtlichen Gegebenheiten angepasst.

Alle Fraktionen bedankten sich bei der Verwaltung, insbesondere bei Rechnungsamtsleiter Kroihner, für die detaillierte Vorlage und gute Arbeit.

Einstimmig beschloss das Ratsgremium die Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung mit Gebührenverzeichnis und stimmte der zugrunde liegenden Gebührenkalkulation zu.

TOP Ö 7 Bauantrag/Kenntnisgabeverfahren

- Im Rahmen des letzten Tagesordnungspunktes befürwortete das Ratsgremium mit einstimmigem Votum zwei planrechtliche Abweichungen beim Kenntnisgabeverfahren zum Neubau von 2 Mehrfamilienhäusern mit Tiefgarage auf dem Grundstück Flst.Nr. 3243/1 (hinter Ehehaltstraße 27/29).

Bekanntgaben, Anfragen

1. Mehrzweckhalle, Rauchverbot

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezog sich auf einen Leserbrief in der Schwetzingener Zeitung, in dem bemängelt wurde, dass bei einer Jugend-Veranstaltung des PCC das Rauchen in der Mehrzweckhalle nicht untersagt worden sei. Er fragte an, ob die Gemeinde als Eigentümerin der Mehrzweckhalle bei solchen Veranstaltungen nicht ein Rauchverbot erlassen könne.

Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL) bemerkte dazu, dass es zwar üblich sei, dass bei Sportveranstaltungen in der Mehrzweckhalle nicht geraucht werde, dass sich die Problematik aber nur verlagere, da dann im Foyer geraucht werde.

Das Thema sollte im Ausschuss Soziales, Sport, Kultur und Jugend behandelt werden.

2. Plankstadter Weihnachtsmarkt

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) regte an, die Öffnungszeiten beim Weihnachtsmarkt vorzulegen, diesen Wunsch haben verschiedene Bürgern geäußert.

Bürgermeister Huckele entgegnete, dass gerade auf Anregung der Bevölkerung die Zeiten nach hinten verlegt wurden, dieses Jahr sei sogar der Wunsch geäußert worden, den Weihnachtsmarkt erst mit Einsetzen der Dämmerung zu öffnen.

3. Häckselplatz

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) fragte an, ob der Häckselplatz mit Recycling-Material nicht befestigt werden könne.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) erklärte dazu, dass eine gebundene Decke notwendig wäre, da durch loses (Recycling-)Material der Häcksler Schaden nehmen würde.

4. Seniorenwohnanlage Luisenstraße 1. Durchgang

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) regte an, den Weg hinter der Seniorenwohnanlage in der Luisenstraße mit einer Tür zu verschließen. Die Bewohner, die dort ihre Wohnungen und ihre Terrassen haben, sehen die 1m-hohe Einzäunung als zu niedrig an. Bürgermeister Huckele sicherte eine Überprüfung zu.

5. Schulweg Oberer Gartenpfad/Rosental

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) informierte, dass im Bereich der S-Kurve Oberer Gartenpfad/Rosental viele Verkehrsteilnehmer über den Gehweg fahren und so die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Schulweg gefährden würden.

6. Verkehrsgefährdung Schubertstraße

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) informierte weiter, dass die Telefonzelle in der Schubertstraße die Scheinwerfer heranfahrender Verkehrsteilnehmer sehr stark spiegeln würde, so dass der Eindruck erweckt werde, es komme ein Fahrzeug entgegen. Dadurch würde man stark abbremsen, was zu gefährlichen Verkehrssituationen führten würde.

Diese Problematik wurde von einigen Ratskollegen bestätigt.

Bauamtsleiter Boxheimer erläuterte, dass dieses Problem bekannt sei und inzwischen eine Eibe im Bereich vor der Telefonzelle gepflanzt wurde. Von drei Bürgern sei ihm bestätigt worden, dass sich die Situation verbessert habe.

7.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bedankte sich bei der Verwaltung, dem Bürgermeister sowie allen Kolleginnen und Kollegen für das gute Miteinander für das Wohl der Gemeinde. Sie wünschte allen Bürgerinnen und Bürgern ein schönes Weihnachtsfest.

Auch Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) nahm den letzten Redebeitrag zum Anlass um Bilanz zu ziehen. Vieles sei im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht worden und noch vieles sei in Zukunft zu bewältigen. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und wünschte allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) dankte ebenfalls für die gute Zusammenarbeit. Nach manch kontroversen Diskussionen habe man zum Wohle der Gemeinde immer wieder die richtigen Entscheidungen getroffen. Auch er wünschte allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Beginn für 2007.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) sah in der Zusammenarbeit des Gemeinderats und der Verwaltung die Chance, das Beste für die Gemeinde zu erreichen. Dies sei nicht immer einfach, manchmal im Diskurs entschieden worden. Nachdem die finanzielle Talsohle durchschritten sei, hoffe er für die Zukunft, dass viele Projekte in Angriff genommen werden können.

Bürgermeister Huckele bedankte sich für die guten Wünsche und wünschte sich manchmal mehr Harmonie im Gremium. Unterm Strich sei es ein gutes Jahr für die Gemeinde gewesen. Er bedankte sich bei den Gemeinderatsmitgliedern für die ehrenamtliche Tätigkeit und wünschte allen gesegnete Feiertage und alles Gute im Neuen Jahr.